



Stimmungsvolle Fotos und lesenswerte Romane aus Israel. Interessante Studien über China und Korea

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 18. April 2013 68. Jahrgang/Nr. 90 • Berlinausgabe 1,60 €

STANDPUNKT

Ruf verspielt

Von Haidy Damm

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer sorgt sich um den Ruf der deutschen Ingenieurs- und Bauzunft in der Welt. Denn Großprojekte sind ein Aushängeschild. Da stören die Hamburger Elbphilharmonie, Stuttgart 21 und der Berliner Flughafen das Bild von deutscher Pünktlichkeit und Ordnungssinn. Die Lösung sucht nun ein Expertengremium, bestehend ausgerechnet überwiegend aus Vertretern der Baubranche. Am Ende soll ein Handbuch aufgelegt werden, Pflichtlektüre für alle, die künftig Großprojekte planen.

Es ist nicht das erste Handbuch des CSU-Politikers, ein anderes beschäftigt sich mit der Bürgerbeteiligung bei Großprojekten. Das Ergebnis waren unverbindliche Tipps, wie Bürger einbezogen und so die Zahl der Klagen verringert werden können. Dabei vergaß Ramsauer: Wer wirklich Bürgerbeteiligung will, muss nicht nur über das »wie« verhandeln, sondern die Möglichkeit offen in Betracht ziehen, dass Projekte gänzlich abgelehnt werden könnten.

Für das neue Handbuch fehlen ebenfalls Kapitel: Korruption kommt nicht vor und auch nicht die Frage nach der Sinnhaftigkeit von Großprojekten. Dabei sind exportierte Großprojekte, die Wenigen nützen und oft großen sozialen und ökologischen Schaden anrichten, nicht weniger unsinnig. So beteiligt sich Siemens weiter am brasilianischen Belo-Monte-Staudamm, bei dem mehr als 30 000 Menschen zwangsumgesiedelt werden sollen. Doch an diesem Punkt sorgt sich Ramsauer nicht um den Ruf der Republik, genauso wenig wie zu dem Zeitpunkt, als in Stuttgart die Wasserwerfer übernahmen.

Unten links

Seit Peer Steinbrück den Terminus der **Fahrradkette** in die politische Kommunikation eingeführt hat, ist es mit der SPD ein weiteres Stück bergab gegangen. Gut, es war der Versuch, einen vorangegangenen Lapsus seines Wahlkampfstabs kleinzureden, aber die schnoddrige Redewendung »Hätte, hätte, Fahrradkette« zur Umschreibung der Tatsache, dass man hinterher immer schlauer ist, brachte leider auch keine Punkte. 22 Prozent, so tief ist die SPD in Umfragen schon sehr lange nicht mehr gefallen, was umso gravierender ist, da sie sich seit einer kleinen Ewigkeit im demoskopischen Keller gemütlich eingerichtet hat. Aber ist das ein Wunder? Bei Fahrradkette denkt man unweigerlich an Doping, Lug und Trug, an Lance Armstrong und Jan Ullrich. Und an Rudolf Scharping. Äußerst ungünstige Assoziationen. Gibt es überhaupt noch Hoffnung in diesem Schlammassel? Oh doch. Sagen wir es mit Marx und Engels: Die Sozialdemokraten haben nichts zu verlieren als ihre Fahrradketten. wh

www.neues-deutschland.de
twitter.com/ndaktuell

Einzelpreise
Tschechien 67/77 CZK ISSN 0323-4940



Geschlossen wie ein Mann

Bundestag stimmt über Frauenquote ab: Ablehnung durch Union gilt als sicher



Berlin (nd). Im Jahr 2020 gibt es vielleicht einige der unzähligen Unternehmen gar nicht mehr, in denen Frauen lediglich fürs Kaffeekochen und für die Ablage zuständig sind. Vielleicht ist dann Kristina Schröders Traum wahr geworden und wegen ihrer »Flexi-Quotex« tobt der Konkurrenzkampf zwischen den Konzernen vor allem darum, wer die meisten Managerinnen hat. Vielleicht hat sich das Thema aber auch erledigt – dank Fachkräftemangel, Asteroideinschlag oder Revolution.

Sicher ist, dass der Bundestag heute die Einführung einer Quote von 40 Prozent Frauen in den Aufsichtsräten börsennotierter Unternehmen ablehnen wird. Denn die Union steht geschlossen wie ein Mann (im Bild: Schröder, von der Leyen, Merkel) für ihren Kompromissvorschlag, zunächst Schröders variierte Neuaufgabe einer freiwilligen Selbstverpflichtung durchzusetzen und erst im Jahr 2020 eine feste Quote von 30 Prozent Frauen in ihr Wahlprogramm zu schreiben. Vor dieser Einigung

hatte u.a. Ursula von der Leyen ihr Abstimmungsverhalten offen gelassen. Doch die Möglichkeit, dass eine Ministerin aus der CDU im Wahljahr mit der Opposition stimmen könnte, musste ausgeschlossen werden.

Da nunmehr lediglich einzelne FDP-Politikerinnen angekündigt haben, für den Vorschlag der Opposition zu stimmen, dürfte die Ablehnung dieses bescheidenen Schrittes auf dem Weg zu mehr Chancengleichheit gewiss sein. Foto: ddpj/Michael Gottschalk

Hochspannung in Venezuela

Regierung und Opposition stehen sich weiter unversöhnlich gegenüber

Von Martin Ling

Auch wenn die Großdemonstration der Opposition um Herausforderer Henrique Capriles in Venezuela gestern abgesagt wurde, kochen die Streitigkeiten weiter hoch. Präsident Nicolás Maduro erhebt zudem schwere Vorwürfe gegenüber Washington und der US-Botschaft in Caracas.

Die venezolanische Krise weitet sich aus: »Ich habe Beweise, wir werden sie alle in den nächsten Stunden vorlegen: Die US-Botschaft hat alle Gewalttaten in diesem Land gesteuert und finanziert.« Diese Worte des am Sonntag mit einer knappen Mehrheit ausgestatteten Interimspräsidenten Nicolás Maduro erinnern an vergangene Zeiten. Beim Putschversuch gegen Hugo Chávez am 11. April 2002 zogen inzwischen einge-

standenermaßen Emissäre der US-Regierung mit an den Strippen. Maduro muss nun Worten Taten folgen lassen und die angekündigten Beweise der Öffentlichkeit präsentieren. Maduro sagte außerdem, dass er Capriles in seiner Funktion als Gouverneur nicht mehr anerkenne, und schloss rechtliche Schritte gegen ihn nicht aus. Der Oppositionspolitiker Leopoldo López behauptete via Twitter, es seien Haftbefehle gegen ihn und Capriles ausgestellt worden. »Das ist kein Gerücht. Meine Quellen haben mir bestätigt, dass die Befehle gegen mich und Capriles erlassen wurden.« Damit hat sich der Konflikt nach den Wahlen am Sonntag deutlich zugespitzt.

Capriles kritisierte Unregelmäßigkeiten bei der Wahl und fordert eine Neuauszählung jeder einzelnen Stimme. Was er

indes unterlassen hat, ist die erforderlichen Schritte bei der nationalen Wahlbehörde einzuleiten. Dies spricht eher für ein politisches Manöver denn für ein ernsthaftes Anzweifeln des Wahlergebnisses.

Am Wahlprozedere in Venezuela lässt sich wenig aussetzen. In jedem Wahllokal waren Vertreter der Opposition bei der Auszählung zugegen. Die Wahlergebnisse des ganzen Landes wurden der Opposition zur Verfügung gestellt.

Capriles weiß in seinem Vorgehen die USA und andere der bolivarianischen Regierung kritisch gegenüberstehende Administrationen hinter sich. Aus gut informierten Kreisen hieß es, dass die Bundesregierung die Wahlen als »nicht frei aber fair« einstuft und das Ergebnis anerkennen will oder bis vor Kurzem wollte.

Nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft kamen bislang sieben Menschen ums Leben, rund 60 wurden verletzt. Die Armee ist in Alarmbereitschaft und kontrolliert verstärkt die Straßen in Caracas.

Inmitten der Proteste laufen die Vorbereitungen für Maduros Amtsvereidigung am Freitag in Caracas, zu der nach Regierungsangaben mindestens 15 ranghoch besetzte Delegationen aus dem Ausland erwartet werden. Zugesagt haben unter anderem Argentinien Präsidentin Cristina Kirchner, Boliviens Staatschef Evo Morales und Irans Präsident Mahmud Ahmadinedschad. Zudem kommen Vertreter aus China und Saudi-Arabien. Maduro tritt die Nachfolge des am 5. März nach langer Krebskrankheit gestorbenen Chávez an. Sein Mandat dauert bis 2019.

Ramsauer will Großprojekte retten

Expertenrunde gestartet

Berlin (nd-Damm/Agenturen). Zu teuer, zu langwierig, zu intransparent. Ob Berliner Flughafen, Elbphilharmonie in Hamburg oder der Hauptbahnhof in Stuttgart, Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) will die Großprojekte retten: »Deutschland hat einen Ruf in der Welt zu verlieren.« Zunehmend gebe es Zweifel an der Fähigkeit von Politik und Wirtschaft, Großprojekte erfolgreich durchzuführen. Hinzu komme der Ärger über offensichtlich zu niedrig kalkulierte Baukosten, so Ramsauer. Um das zu ändern, hat gestern die Expertenkommission »Großprojekte« ihre Arbeit aufgenommen.

Der Kommission gehören unter anderem Bahnchef Rüdiger Grube, der Koordinator der Olympischen Spiele in London 2012, Klaus Grewe, sowie Thomas Bauer, Präsident des Hauptverbands der Deutschen Bauindustrie, an. Roland Koch, Chef des Baukonzerns Bilfinger, sollte eigentlich auch mitmachen, sagte aber »aus Zeitgründen« ab. Wesentliche Ziele der Kommission sind laut Bundesverkehrsministerium Kostenwahrheit, Kostentransparenz und Termintreue. Die Kommission soll innerhalb von zwei Jahren ein »Handbuch Großprojekte« erarbeiten, das als Handlungsempfehlung den Beteiligten an Großprojekten zur Verfügung stehen soll. Ramsauers Ziel ist klar: »Für die erfolgreiche Zukunft des Standorts Deutschland müssen Großprojekte weiterhin möglich sein.« Dazu brauchten Politik und Wirtschaft aber das Vertrauen der Menschen. Mit dem angestrebten Handbuch soll dazu ein wesentlicher Baustein gelegt werden. Vor einem Jahr legte Ramsauer bereits ein anderes Handbuch vor: »Bürgerbeteiligung«. Dieses Thema wird in der neuen Kommission nur am Rande behandelt werden.

Kritik kam gestern vom Bund der Steuerzahler (BdSt): »So ein Handbuch ist sicher richtig, aber wir haben jetzt schon Gesetze, die einfach befolgt werden müssten«, sagte der BdSt-Präsident Reiner Holznagel. Deshalb sei die Gefahr groß, dass auch das Handbuch ignoriert werde. Seite 11

KURZ

Giftbrief für Obama

Washington (dpa). In den USA ist ein zweiter Brief mit dem tödlichen Gift Rizin abgefangen worden. Er war an Präsident Barack Obama gerichtet. Das gab die Bundespolizei FBI am Mittwochabend bekannt. Der Brief wurde bereits am Dienstag in einer Poststelle entdeckt. Auch der republikanische US-Senator Roger Wicker hatte eine solche Sendung erhalten.

Ungarn unter Druck

Straßburg (dpa). Die EU verstärkt den Druck auf den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán wegen umstrittener Verfassungsänderungen. Die Kommission prüfe, innerhalb der nächsten Wochen Vertragsverletzungsverfahren einzuleiten, sagte EU-Justizkommissarin Viviane Reding.

Terrorhelfer sitzt ein

Koblenz (dpa). Weil er im Internet für Terrorgruppen geworben und ein Enthauptungsvideo verlinkt hatte, ist der Angeklagte im Koblenzer Terrorhelferprozess gestern zu drei Jahren und vier Monaten Haft verurteilt worden.

Erfolglose Proteste

Bagdad (AFP). Ungeachtet internationaler Proteste sind in Irak 21 wegen »terroristischer Aktivitäten« zum Tode verurteilte Häftlinge hingerichtet worden. Die Männer seien am Dienstag gemäß einem Gesetz zum Kampf gegen den Terrorismus exekutiert worden, hieß es aus dem Justizministerium. Zum Tode verurteilte Häftlinge werden im Irak gehenkt.